

---

## **Liebe Mitglieder! Liebe LeserInnen!**

---

### **Kommentar zur Auflösung des Vereins Integration:Österreich**

Der Verein Integration:Österreich war viele Jahre äußerst wichtiger inhaltlicher Partner von Integration Wien und vertrat die Anliegen von Eltern behinderter Kinder/Jugendlicher auf Bundesebene. Im Rahmen der Trägerschaft zahlreicher Projekte wurden viele wesentliche Beiträge im Kampf gegen Aussonderung und für Integration in allen Lebensbereichen erarbeitet. Wir bedauern zutiefst, dass der Verein Integration:Österreich seine Aktivitäten einstellen musste und die Stimme für Integration von Menschen mit Behinderung auf Bundesebene abhanden gekommen ist.

Um Missverständnisse auszuräumen bzw. zu vermeiden, möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Integration Wien seit Bestehen ein eigenständiger Verein und finanziell völlig unabhängig ist. Unsere Arbeit im Bundesland Wien wird durch die Auflösung von Integration:Österreich nicht beeinträchtigt.

Integration Wien wird sich auch in Zukunft mit voller Kraft den Anliegen von Eltern von Kindern/Jugendlichen mit Behinderung und dem Grund- bzw. Menschenrecht auf Integration in allen Lebensbereichen widmen.

#### **Nationalratswahl 2006**

Es ist nicht zu übersehen, es ist nicht zu überhören: am 1. Oktober 2006 wird gewählt. Diese bevorstehende Wahl veranlasste uns, im Frühjahr dieses Jahres einen Fragenkatalog an PolitikerInnen aller Coleurs zu spezifischen Fragen der „Behinderten – Bildungs – Politik“ zu senden. Insgesamt waren 16 Fragen zu beantworten. Die Fragen 1-8 konzentrieren sich auf spezifische Fragen zu den Themen Kindergarten über Schule bis hin zur Nachmittags- und Freizeitbetreuung von SchülerInnen mit Behinderung sowie Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen, Einsparungen im Bildungsbereich usw. Die Fragen 8-16 beziehen sich unter anderem auf das Behindertengleichstellungsgesetz, den Übergang Schule – Beruf, Teilqualifizierung, arbeitsrechtliche Maßnahmen usw...  
nd Helene Partik-Pable (Freiheit-licher Club/BZÖ) beantworteten all diese Fragen. Die FPÖ sandte uns trotz mehrmaligem



Wir wünschen allen Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern einen guten Start ins neue Schuljahr!

**Das Projekt  
„ELTERNNETZWERK WIEN“  
stellt sich vor...**

Mit 1. September 2006 startete die Vorbereitungsphase für das Projekt *„Elternnetzwerk Wien“* unter der Trägerschaft unseres Vereins „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen–Integration Wien“.

Wir freuen uns sehr, vom Bundessozialamt, Landesstelle Wien mit der Durchführung beauftragt worden zu sein.

Beim *„Elternnetzwerk Wien“* handelt es sich um ein Beratungs- und Vernetzungsprojekt am Übergang Schule - Beruf zur professionellen Beratung Eltern/Angehöriger behinderter Jugendlicher bzw. Jugendlicher selbst und zum Aufbau eines Elternnetzwerks zur Unterstützung von Eltern von Jugendlichen mit Behinderung.

Das Projekt wurde initiiert, um Eltern/Angehörige und Jugendliche im sehr unübersichtlichen und schwierigen Übergang Schule – Beruf zu unterstützen. Es gibt zahlreiche Angebote, viele Informationen und unterschiedliche Stellen, und es ist für Eltern und Jugendliche schwierig, einen Überblick zu bekommen bzw. die geeigneten Maßnahmen zu finden. Für viele Jugendliche gibt es dennoch kein geeignetes ausreichendes Angebot. Aus diesem Grund sollen Eltern verstärkt beraten und begleitet werden und sich in Form von Elternrunden und Informationsveranstaltungen austauschen und informieren können. Das Elternnetzwerk soll mit dem Ziel aufgebaut werden,

die Eltern zu stärken und bei der Formulierung ihrer Forderungen und Anliegen zu unterstützen und somit den Integrationsprozess von Jugendlichen mit Behinderung in das Berufsleben verstärkt zu fördern und einzufordern.

Im Rahmen der Vorbereitungsphase bis Ende des Jahres widmen sich die Mitarbeiterinnen primär dem Bekannt machen des Projekts, dem Aufbau einer Vernetzungs-/Austauschstruktur mit regionalen Einrichtungen und Projektanbietern. Anliegen und Themen der Eltern sollen gesammelt werden, um für nächstes Jahr adäquate Austausch- und Informationsveranstaltungen planen zu können. Abgeleitet wurde das *„Elternnetzwerk Wien“* von dem zwischen Mai 2004 und März 2006 österreichweit durchgeführten Projekt von Integration: - Österreich „Zwischen 13 und 25 – Was tun?“. Das bundesweite Projekt konnte leider aufgrund der Insolvenz von I:Ö nicht fortgeführt werden.

Um unser Angebot möglichst nahe an den Anliegen und Wünschen der Eltern und Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf gestalten zu können, ersuchen wir Sie, uns Ihre Anliegen und Themen in Bezug auf den Übergang Schule-Beruf zukommen zu lassen. Sie können uns ihre Antworten sehr gerne via email unter [waltraud.engl@integrationwien.at](mailto:waltraud.engl@integrationwien.at) bzw. tel. unter 789 26 42/19 mitteilen.

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Unterstützung und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Projektmitarbeiterinnen:

Mag. Waltraud Engl,  
Karin Wegscheider

**Das Projekt ‚Elternnetzwerk Wien‘ ist ein von Sigisbert Dolinschek unterstütztes Projekt, finanziert aus Mittel der Beschäftigungsoffensive der österreichischen Bundesregierung (Behindertenmilliarde) für Menschen mit Behinderungen.**



---

## **„INTEGRATION AUF ALLEN (SCHUL-)STUFEN“**

Unter diesem Titel erschien am 8.8.2006 ein Artikel in der „WIENER ZEITUNG“, verfasst von Daniela Wehlend nach einem Gespräch mit Christa Polster, langjährige Vorstandsfrau.

Wir veröffentlichen im Folgenden diesen Beitrag und die Richtigstellung von Christa Polster in Form eines Leserbriefes.

*„Ein Recht auf Unterricht bis zur letzten Schulstufe für geistig behinderte Minderjährige – das fordert der ‚Verein Integration Wien‘. Mit dieser Botschaft will sich die Organisation, die Eltern behinderter Kinder bei der Suche nach geeigneten Ausbildungsplätzen unterstützt, im 20. Jahr ihres Bestehens wieder ins politische Feld wagen. Integration Wien hatte bis zur gesetzlichen Verankerung 1993 dafür gekämpft, dass Kinder mit Behinderungen nicht nur in Sonderschulen, sondern auch in Integrationsklassen unterkommen.*

*Dieses Recht besteht jetzt, beschränkt sich aber auf die ersten acht Schuljahre. In der neunten Schulstufe gibt es Integrationsversuche in Polytechnischen Lehrgängen. „Nach acht Jahren Pflichtschule werden die Kinder ausgeschult. Ein weiteres Recht auf Ausbildung besteht nicht“, kritisiert Christa Polster, Vorstandsmitglied von Integration Wien: „Wir wollen dauerhafte Integration, die nicht irgendwann abbricht. Idealerweise sollten auch Schüler mit geistiger Behinderung zur Matura antreten können.“*

*Im Wiener Stadtschulrat stößt dieser Wunsch auf Zustimmung. „Allerdings sollten die Probleme, wie die zu geringe Zahl an Stützlehrern, behoben werden, bevor die Integrationsklassen auf die Oberstufen ausgeweitet werden“, so Sprecher Matias Meissner. Momentan gibt es in Wien 650 Integrationsklassen in Volks- und Hauptschulen. „Integriert“ sind dabei 3166 Kinder.*

*Im Bildungsministerium erteilt man der Forderung hingegen eine Absage. „Geistig behinderte Kinder werden auch in Integrationsklassen getrennt unterrichtet“, gibt Roland Zecha, Sprecher von Bildungsministerin Elisabeth Gehrler zu bedenken: Die „Hier geht es nicht um Lernen auf gleichem Niveau, sondern um Akzeptanz. Die haben die Kinder aber auch bis zur 8. Schulstufe gelernt.“ Zecha hielte weitere Schuljahre eher für einen Nachteil: „Eine frühe Berufsausbildung, etwa durch Teilqualifizierung (auf das Lernvermögen des behinderten Auszubildenden angepasste Lehre, Anm. ist sinnvoller.“*

Soweit Daniela Wehlend. Am 23. 8. 2006 erschien folgender Leserbrief:

Mit Entsetzen musste ich beim Lesen dieses Beitrages feststellen, dass ich mit einer Aussage zitiert werde, die ich aufgrund meiner Einstellung und Haltung in meinem bisherigen (Integrations-)Leben niemals gesagt haben kann und niemals sagen werde. Dem ersten Teil des Zitates „Wir wollen dauerhafte Integration, die nicht irgendwann abbricht“ stimme ich weiterhin vollinhaltlich zu, doch die Fortsetzung „Idealerweise sollten auch Schüler mit geistigen Behinderungen *zur Matura antreten können*“ kann nur der Phantasie oder abstrusen Gedankengängen der Frau Wehlend entsprungen sein und ich distanzieren mich und stellvertretend unseren Verein „Integration Wien“ gegenüber dieser Behauptung mit aller Vehemenz und Eindeutigkeit.

Selbstverständlich wollten und wollen wir nach wie vor dazu beitragen, dass SchülerInnen mit welcher Behinderung immer, das Recht erlangen, ihre integrativen Schuljahre in dem Ausmaß besuchen können, wie sie es in einem Sonderpädagogischen Zentrum nach wie vor können. Da sich jede Schulform dieser Aufgabe, Kinder mit einer Behinderung in einer Integrationsklasse zu unterrichten, stellen sollte, versteht es sich von selbst, dass auch Allgemein Bildende Höhere Schulen, Berufsbildende Schulen, Teilqualifizierungsmaßnahmen,...sich dieser Forderung nicht entgegenstellen dürften. Fakt ist, dass schon allein aufgrund der gesetzlichen Lage (Integration endet nach der 8. Schulstufe), es in Wien nur 10 Integrationsklassen in der AHS-Unterstufe (SEK I) gibt; das sind 3 % der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die restlichen 97 % werden in den Hauptschulen und in den Kooperativen Mittel-

schulen unterrichtet. An der SEK II gibt es überhaupt nur eine Integrationsklasse an einer Berufsbildenden Mittleren Schule (SEK II). Die 28 Klassen an Polytechnischen Schulen laufen noch immer als Schulversuch.

Mit dem bereits erwähnten und unrichtigen Zitat wird Wasser auf die Mühlen unserer langjährigen und noch immer amtierenden Bildungsministerin gegossen, die schon vor Jahren in einer öffentlichen Veranstaltung unseren Forderungen nach längerer integrativer und gesetzlich verankerter Schulzeit mit erhobenem Zeigefinger dem anwesenden Publikum ein erschreckendes und keineswegs von uns erwünschtes Szenarium entworfen, indem sie allen Ernstes fragte: „Wollen Sie in Zukunft von einem Arzt mit Down Syndrom operiert werden?“ Dies unterstützt die Ängste jener, die dem gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ablehnend gegenüberstanden- und stehen und nicht begreifen und erkennen können, dass es bei der Integration in der Schule nicht allein um das intellektuelle Lernen geht, sondern im gleichen Ausmaß um soziales und emotionales Lernen.

---

### **Es war einmal....**

... mein kleiner Sechsjähriger, der seinem ersten Schultag entgegenfieberte, den er als Integrationskind in einer Wiener Volksschule erleben sollte.

Seine Schuleinschreibung gestaltete sich ähnlich wie viele Jahre zuvor bei meiner älteren Tochter, es wurde gesprochen und gemalt, dann erfolgte die Zuteilung in eine Integrationsklasse durch die zuständige SPZ-Leiterin.

So weit – so gar nicht gut.

Denn nun begann ein 8-wöchiger, dorniger Weg. Nach wenigen Tagen gab es Schwierigkeiten mit dem Aufstehenwollen, Tränen auf dem Weg zur Schule, nächtliches Bettnässen (das bis dato nicht vorkam), Erbrechen, Bauchschmerzen in der Früh... kurz – mein Wusel schien total unglücklich.

Viele Gespräche mit dem LehrerInnenteam fruchteten nichts, es wurden einige „gute“ Ratschläge erteilt. So sollte er z.B. keine roten T-Shirts mehr anziehen, denn die machen aggressiv(?). Des Morgens gab es esoterische Sitzungen, in denen Steine, Federn oder Kerzen herumgetragen wurden, die würden ihm gut tun, hieß es, seinen T-Shirts weniger, denn die waren voller Wachsflecken, bei Elternabenden wurde mir coram publico mitgeteilt, dass „der auch schon ein bisschen mitmacht..“.

Das Gesprächsklima verschlechterte sich zusehends, dem LehrerInnenteam, das sein erstes gemeinsames Schuljahr miteinander verbrachte, fiel die Einsicht schwer, welchem Handikap ein Kind mit sensorischen Wahrnehmungsstörungen ausgesetzt ist.

Am Ende des 2. Schulmonats reichte es dem Wusel und mir. Da ich vorher schon Kontakt mit einer Schule aufgenommen hatte, in die ich meinen Sohn gerne wechseln lassen wollte, rechnete ich nicht damit, dass es bei einem von mir gewünsch-

Herzen aufnahm. An dieser Stelle ein Danke an das Team der ILB Brigittenuau, in der Kinder nicht nur unterrichtet sondern vor allem aufgerichtet werden! Die Botschaft,



ten Schulwechsel Schwierigkeiten geben könnte.

Weit gefehlt!!

Die Direktorin der Volksschule erklärte mir, dass ich gar kein Recht hätte, mir einen anderen Platz für mein Kind auszusuchen, denn Eltern von Integrationskindern müssten eben nehmen, was ihren Kindern zugeteilt würde.

Tja, es ging darum, meinem Sohn seine Lebensfreude, Fröhlichkeit und kindliche Unbekümmertheit zurückzugeben, daher setzte ich alle Hebel in Bewegung, um einen Schulwechsel zu erreichen.

Durch Mundpropaganda erfuhr ich von einer Beratungsstelle namens „integration wien“. Ganz rasch bekam ich einen Termin und stieß auf offene Ohren und tatkräftige Arme (danke Helga Reindl und Waltraud Engl!!). Mit neuem Mut und dem Angebot beim nächsten Gespräch mit der Direktorin dabei zu sein nahm ich dieses in Angriff.

Es verlief zwar unangenehm und lautstark von beiden Seiten aber ich wusste, was ich wollte und dass ich das durch Hartnäckigkeit erreichen konnte. Nach einer telefonischen Rücksprache mit der zuständigen SPZ-Leiterin, die sich auch nicht erfreut und kooperativ zeigte, und stetem Beharren und der Weigerung meinerseits, mein Kind auch nur einen Tag länger in diese Schule zu schicken, erhielt ich schließlich die Übersiedlungsmitteilung in den Inspektionsbezirk, in dem sich die Schule befand, die mein Kind mit offenen Armen und die ich an betroffene Eltern weitergeben möchte ist folgende: Scheuen Sie sich nicht für Ihr Kind das Beste zu wollen, gerade Ihnen und Ihrem Kind steht dies zu!

**Mag. Sabine Hofmann**

---

was T U T wer S I C H wo

### **Wahlkampf ist...**

... und Schule darf sogar ein bisschen Thema sein!

Wir wollen nachhelfen - 6 Tage vor der Wahl in der Hauptbücherei Wien - komm hin und horch dir das an!

### **Neustart:Schule**

5 überparteiliche Initiativen  
im bildungspolitischen  
Vorwahl-Gespräch

**am 25. September 2006  
in der Hauptbücherei  
Wien**

**11<sup>oo</sup> großer  
Veranstaltungssaal**

### **Eine überparteiliche Lobby**

Verband Elternvereine an  
öffentl.Pflichtschulen  
EFFE Österreich /  
Freedom in Education  
SchülerInnen-Verein  
COOLE SCHULE  
Gemeinsam leben -  
gemeinsam lernen -  
Integration Wien  
und "schulplattform  
österreich"

***„Alles wäre viel leichter, wenn die Lehrer  
persönlicher wären, einfach lockerer.“***

***Georg, 18***

**\*SchülerInnen werden gehört \*Eltern reden mit \*LehrerInnen haben was zu sagen \*Fachleute sind gefragt \*Meinungen werden vernetzt \*Schule wird verändert! \*Politische Parteien sind gefordert**

Beispiel: (zu den Fragen 10 & 11, siehe Seite 11, Theresia Haidlmayer)

### **Phase 1:**

Frau/Herr S. kommt zur Organisation X zur Beratung und dort wird erarbeitet, welche beruflichen Vorstellungen sie/er hat und ob diese umsetzbar sind, bzw. welche alternativen Angebote es noch gibt.

Für Phase 1 wird ein Fixbetrag pro beratene Person an X vom BSA ausbezahlt.

Wurde mit S. eine gemeinsame Entscheidung gefunden, beginnt

### **Phase 2:**

Für S. wird ein/e adäquate/r DienstgeberIn (DG) am 1. Arbeitsmarkt gesucht. Ist dieser gefunden, wird ein „Vor“-Ausbildungs-, Qualifizierungsvertrag Vertrag zwischen S. als „zukünftige“ DienstnehmerIn (DN), dem DG, X und dem Kostenträger (derzeit lt. Gesetz Bundessozialamt) (BSA) erstellt, der zumindest folgende Inhalte haben muss:

DG gibt bekannt, welche Voraussetzungen für die Tätigkeiten notwendig sind. X erstellt mit DN und DG ein für diese Tätigkeiten erforderliches Ausbildungs-/Qualifizierungskonzept (A/Q) bezüglich Inhalt und Dauer der A/Q.

X sucht/schafft eventuell notwendige Rahmenbedingungen wie z.B.: externe Praktika, Verfestigung von fehlenden pädagogische Grundkenntnissen, Wahl der Berufsschule, Unterstützung beim Lernen in der Berufsschule, Assistenz (A) am Arbeitsplatz und begleitet diese. X führt regelmäßig (mind. 1x pro Monat) ein gemeinsames Gespräch mit DG und DN und A um auf eventuelle Neuausrichtungen, Änderungen und/oder Anpassungen in der A/Q reagieren zu können.

Nach Bewilligung des Vertrages und genauer Auflistung der Rahmenbedingungen, sowie die daraus resultierenden Kosten für z.B.: Lernförderung, Assistenz am Arbeitsplatz etc. etc.) wird die Berechnungen der A/Q für S erstellt und vom BSA genehmigt (Berechnung nach einem klaren Kriterienkatalog und Leistungskatalog, d. h. je Intensiver die Ausbildung und die Behinderungen, Leistungen für Sach- und Lohnkosten etc. etc., ), der generell für alle Organisationen) gilt, erhält X einen Teilbetrag, jeweils 3 Monate im Nachhinein durch das BSA ausbezahlt.

Bei erfolgreichem Ende der A/Q wechselt S. als „begünstigte Behinderte“ in ein unbefristetes Dienstverhältnis. Die Vermittlungsquote ist somit erfüllt.

Nach Ende Phase 2 und dem von X eingereichten und durch das BSA bestätigten Abschlussbericht wird der letzte Teilbetrag vom BSA ausbezahlt.

### **Phase 3:**

Ist für DN auch nach Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis eine Unterstützung durch X notwendig, kann für diese, für jeweils eine Dauer von 6 Monaten beantragt werden. Die Kosten dafür werden ebenfalls nach Dauer, Inhalt etc. berechnet und werden vom BSA genehmigt und finanziert.

Es ist mir aber wichtig darauf hinzuweisen, dass meine Vorstellungen sich dahingehend ausrichten, dass die tätigen Organisationen nicht mehr gezwungen sind, sich nur die „Besseren“ aussuchen zu müssen, damit sie den Auftrag der Vermittlungsquote erfüllen können.

In meinem Beispiel sind natürlich auch Bereiche des sozialen Umfeldes zu berücksichtigen, wie z.B.: Unterstützung bei der Suche der Selbstbestimmten Wohnform und die Sicherstellung der dafür notwendigen individuellen Rahmenbedingungen, auch das muss in der Finanzierung berücksichtigt werden.